

„Das Geheimnis unserer Erlösung ist die Erinnerung“

Bericht von der Delegiertenversammlung am 4. September 2024

Bei den Worten im Titel handelt es sich um eine jüdische Weisheit aus dem Talmud. Sie stehen auf einem Gedenkstein im Park von Alt Rehse, ein Gedenkort in Mecklenburg-Vorpommern, an dem sich während des Nationalsozialismus die „Führerschule der deutschen Ärzteschaft“ befand. Wie kann die Erinnerung an die grausamen Taten nationalsozialistischer Ärztinnen und Ärzte so gefördert werden, dass sie von möglichst vielen Menschen wahrgenommen wird? Diese und andere Fragen wurden von den Delegierten intensiv diskutiert.

Auszug aus der Tagesordnung der 6. Sitzung der Delegiertenversammlung

- Mitteilungen des Vorstandes: Gesundheitspolitische Themen und Termine des Vorstandes
- Neufassung der Satzung der Lebendspendekommission der Ärztekammer Berlin
- Entscheidung über die Fortsetzung der finanziellen Förderung und Unterstützung des Projektes „Lern- und GeDenkOrt Alt Rehse“
- Wahl von Frau Cam als Vertrauensperson (Ombudsfrau) in Weiterbildungsfragen der Ärztekammer Berlin
- Antrag der FrAktion Gesundheit zur Einrichtung eines Forums für Ärztinnen und Ärzte in Weiterbildung

Unter → www.aekb.de/dv-online-dokumentation können die Ergebnisse der Versammlung eingesehen werden.

Doch zunächst beschäftigte die Delegierten die Bundespolitik. Julian Veelken (FrAktion Gesundheit) störte sich unter dem ersten Tagesordnungspunkt „Anfragen an den Vorstand“ an der Ankündigung von Bundesgesundheitsminister Lauterbach, den Zusatzbeitrag der gesetzlichen Krankenkassen wegen der Kosten für die Reformen im kommenden Jahr zu erhöhen. Er wundere sich, dass es keinen Aufschrei in der Ärzt:innenschaft gegeben habe, so Veelken. Weder die Bundesärztekammer noch die Ärztekammer Berlin hätten sich dazu geäußert. Dabei sei es schon skandalös, dass die Beitragszahler mit 25 Milliarden Euro bereits die Hälfte der Kosten der Krankenhausreform über den Transformationsfonds tragen müssten. Dies habe nicht nur der letzte Deutsche Ärztetag in einem von ihm mitinitiierten Beschluss angemahnt,

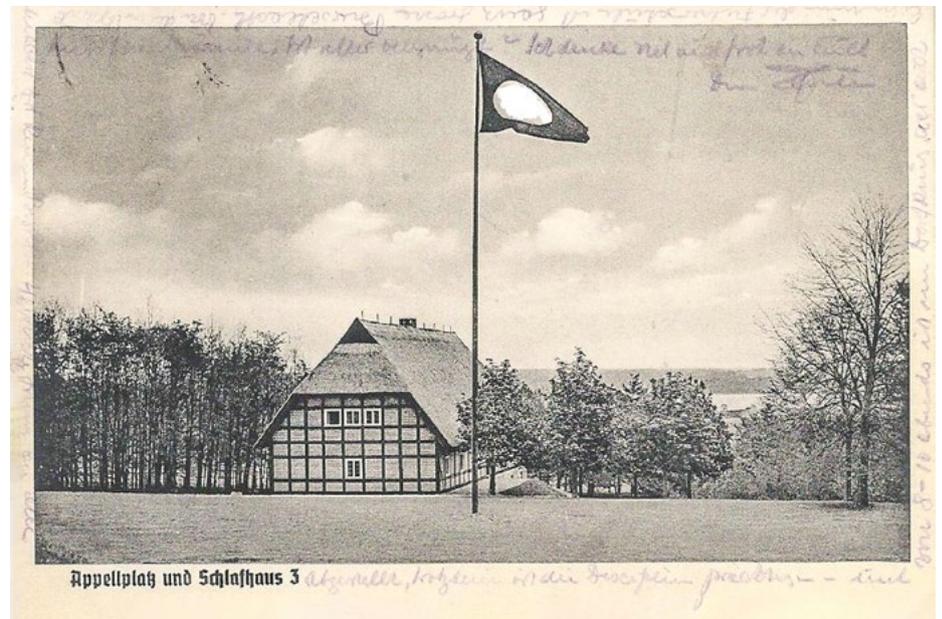
sondern im Übrigen auch der Bundesrechnungshof gerügt. Er könne sich den „Tiefschlaf“ der Ärzt:innenschaft in dieser Frage nicht erklären. PD Dr. med. Peter Bobbert (Marburger Bund), Präsident der Ärztekammer Berlin, entgegnete, dass sich die Anfrage an die Bundesärztekammer richte, für die er nicht sprechen könne. Klar sei allerdings die Beschlusslage des Deutschen Ärztetages zu dieser Frage; diese sei auch die Position der Ärztekammer Berlin.

Danach ergänzte Bobbert die schriftlich vorliegenden Mitteilungen des Vorstandes mit der Information, dass der zweite Nachtrag der Weiterbildungsordnung und damit die Organisationsstruktur-Reform der Weiterbildung Thema der Delegiertenversammlung (DV) im November 2024 sein werde. Der zweite Nachtrag der Weiterbildungsordnung solle am 1. April 2025 in Kraft treten. „Klares Ziel ist es, die Abläufe schneller und nahbarer zu gestalten.“

Anschließend wurde die Neufassung der Satzung der Lebendspendekommission der Ärztekammer Berlin von den Delegierten einstimmig angenommen. Veelken äußerte den Wunsch, dass die DV bei Gelegenheit etwas breiter über die Arbeit der Kommission informiert werde. Ihn würde interessieren, wie die Kommission arbeitet. Bobbert antwortete, dass diese Anregung gerne aufgenommen und zu gegebener Zeit umgesetzt werde.

Die Erinnerung lebendig halten – gemeinsames Ziel, verschiedene Wege

Es folgte eine intensive Diskussion über die weitere finanzielle Förderung der Erinnerungs-, Bildungs- und Begegnungsstätte Alt Rehse e. V. (EBB) durch die Ärztekammer Berlin. Ab August 1934 ließ der Nationalsozialistische Deutsche Ärztebund im mecklenburgischen Dorf Alt Rehse die „Führerschule der Deutschen Ärzteschaft“ errichten. Zwischen 1935 und



Appellplatz und Schlafhaus 3: Postkarte aus Alt Rehse von Dr. Paul Mühlenkamp (ca. 1935)

Abbildung: Sammlung EBB Alt Rehse, Privatsammlung Dr. Sebastian Prüfer, Berlin

1941 diente das NS-Musterdorf der „weltanschaulichen Schulung“ von Ärzt:innen, Apotheker:innen, Hebammen und anderen Beschäftigten im Gesundheitswesen.

Insbesondere für die neuen Mitglieder in der Delegiertenversammlung hielt Ass. jur. Michael Hahn, Geschäftsführer der Ärztekammer Berlin, einen kurzen Vortrag über den Beginn der Förderung. Die Delegiertenversammlung der Ärztekammer Berlin hatte im Mai 2019 eine Fördermitgliedschaft im Verein mit einem Förderbeitrag in Höhe von 5.000 Euro pro Jahr für zunächst fünf Jahre (2019 bis 2023) beschlossen und diese Fördermitgliedschaft dann noch einmal um ein Jahr für 2024 verlängert. Vor Ablauf des Jahres 2024 muss die Delegiertenversammlung der Ärztekammer Berlin über die Fortsetzung der Fördermitgliedschaft entscheiden.

Die 5.000 Euro seien ein wichtiger, wenn auch eher symbolischer Betrag, stellte Hahn fest. Er betonte, dass der Vorstand ein nachhaltiges Konzept wolle und merkte an, dass die Regionalität leider nicht förderlich für den Publikumsverkehr sei. Vielleicht sei es eine Idee, die Ausstellung an einem prominenteren Ort zu zeigen. Im wissenschaftlichen Beirat des Vereins sei unter anderem das DV-Mitglied Prof. Dr. Christof Müller-Busch (FrAktion Gesundheit) aktiv, erklärte Hahn. Bobbert bedankte sich für die einleitenden Worte und wies darauf hin, dass der Vorstand bewusst keinen konkreten Beschlussvorschlag eingebracht habe und sich nun eine offene Diskussion der Delegierten wünsche.

Dr. med. Sandra Blumenthal (Hausärztinnen und Hausärzte in Berlin) eröffnete mit einem eindringlichen Plädoyer für den Erhalt der Gedenkstätte und deren weitere Förderung durch die Ärztekammer Berlin. Wer nicht wolle, dass in zehn

Jahren Björn Höcke zur Besichtigung der ehemaligen „Führerschule der deutschen Ärzteschaft“ einlade, müsse jetzt handeln. Der Verein erhalte regelmäßig Anfragen von Gruppen Medizinstudierender. Es gehe nicht nur um den Erhalt der Gedenkstätte, sondern auch darum, etwas zu verhindern. „Ich möchte Sie bitten, den Ort nicht aufzugeben“, appellierte sie an die Delegierten.

Dr. med. Rolf-Jürgen Kühnelt (FrAktion Gesundheit) ergänzte, dass „die Auseinandersetzung mit der Rolle der Ärzteschaft im Nationalsozialismus zur DNA der FrAktion gehört“. An diesem Ort seien nicht nur Ärzt:innen ausgebildet, sondern auch die Euthanasie vorbereitet worden. Darauf könne man nicht einfach so verzichten. „Wir haben als Berliner Ärzte eine Verantwortung“, stellte Matthias Marschner (FrAktion Gesundheit) fest. 5.000 Euro seien viel Geld für ein solches Projekt, deshalb müsse die Kammer weiter finanzieren. Das Land Mecklenburg-Vorpommern solle bestätigen, dass es die Förderung übernehme. Er schlug außerdem vor, eine Fahrt der Delegierten zur Gedenkstätte zu organisieren.

Veelken betonte, dass die Gefahr groß sei, dass die Projektförderung ganz eingestellt werde, wenn die Ärztekammer Berlin nicht mehr zahle. Die Abgelegenheit des Ortes sei Teil des Konzeptes der Nationalsozialisten gewesen, daher halte er nichts von einer Verlegung der Ausstellung nach Berlin. Dass das zentrale Haus, in dem die „Führerschule der Deutschen Ärzteschaft“ damals ihren Sitz hatte, heute ein Ayurveda-Hotel beherberge, sei wiederum grotesk.

Prof. Dr. med. Tobias Tenenbaum (Marburger Bund) erklärte, es sei schon legitim zu diskutieren, in welcher Form der Gedenkort erhalten werden solle, ob es eine Ausstellung

sein solle oder ob auch eine Gedenktafel den Zweck erfülle. Grundsätzlich sollte der Ort öfter besucht werden. Die Entscheidung über eine weitere Förderung würde er gerne bis zu einem Besuch zurückstellen. Die Menschen, die das Projekt am Leben halten, würden sich auch aus Altersgründen immer mehr zurückziehen. Daher müsse eine Neuausrichtung geplant werden.

Sie habe erst durch die Einladung zu dieser DV von der Gedenkstätte erfahren, sagte Dr. med. Sara Arewa (Fraktion Gesundheit). „Ich finde es schlimm, dass ich im Studium nichts davon gehört habe“, fuhr sie fort. Das zeige, wie weit man von einer Aufarbeitung der Taten von Ärzt:innen im Nationalsozialismus entfernt sei. An einem Ort wie der Gedenkstätte Alt Rehse könne man sich mit den eigenen Privilegien und Vorurteilen auseinandersetzen. Die Fördersumme sollte nach ihrer Ansicht erhöht werden.

Dipl.-Med. Norbert W. Schwarz (Allianz Berliner Ärztinnen und Ärzte – MEDI Berlin – Virchowbund) unterstrich ebenfalls die Bedeutung des Gedenkortes, brachte aber auch seine Sorge zum Ausdruck, dass die Förderung unkalkulierbar werden könne. Man müsse pragmatisch entscheiden, denn die jährlichen Zuschüsse würden sich insgesamt zu einem erheblichen Betrag summieren. Unbestritten sei die Erinnerungskultur jedoch sinnvoll.

Dr. med. Regine Held (Allianz Berliner Ärztinnen und Ärzte – MEDI Berlin – Virchowbund) ergänzte, dass sie von Alt Rehse sehr beeindruckt sei und eine Einstellung der Förderung angesichts der aktuellen politischen Lage besonders ungünstig empfinde. Der Vorstand solle jedoch prüfen, ob anstelle der Ausstellung eine Stele errichtet werden könne.

Dr. med. Susanne von der Heydt (Marburger Bund) stellte fest, dass es die einfachste Entscheidung sei, weiterzuzahlen. Sie nehme aber die Verantwortung für das Erbe sehr ernst, genauso wie ihre Kolleg:innen im Vorstand. Sie sei sich jedoch nicht sicher, ob der Ort für die Ausstellung der richtige sei, da er sehr schwer zu erreichen sei und kaum jemand den Ort kenne. Bei wiederholten Spaziergängen in der Umgebung habe sie immer wieder feststellen müssen, dass die Ausstellung nicht geöffnet war und seit langem in einem maroden Nebengebäude gezeigt werde. Die historischen Gebäude, in denen sich seinerzeit die „Führerschule der Deutschen Ärzteschaft“ befunden habe, würden inzwischen von einem Wellnesshotel genutzt, das aktuell einen neuen Investor gefunden habe.

Dr. med. Thomas Werner (Marburger Bund) merkte an, dass es auch im Vorstand unterschiedliche Meinungen gebe. Seiner Meinung nach könne man Gedenkstätten nicht verlegen, deshalb solle die Ausstellung in Alt Rehse bleiben und die Förderung auf zwei Jahre begrenzt werden.

Man kaufe sich mit der erneuten Förderung frei, so von der Heydt weiter, und nehme damit möglicherweise sehenden Auges in Kauf, dass die wichtigen gesammelten Dokumente und Erinnerungen irgendwann ganz verloren gehen. Sie glaube, dass die Ausstellung in Berlin besser wahrgenommen würde, weil viel mehr Menschen Zugang hätten. Studierende und Schüler:innen könnten sehen und begreifen, was der deutschen Ärzt:innenschaft im Nationalsozialismus vermittelt wurde. Und es gäbe noch viel mehr Exponate, die derzeit aus Platzmangel nicht gezeigt werden können. „Wir sollten dafür sorgen, dass sie gezeigt werden.“ Man habe einen Auftrag, die historischen Dokumente zu erhalten.

Dr. med. Helene Michler (Fraktion Gesundheit) erklärte, dass man die Ausstellung bekannter machen, mehr Aufwand betreiben und mehr Geld geben müsse, um sicherzustellen, dass sie geöffnet sein könne. Sie regte zudem an, die Ausstellung im Foyer der Kammer zu zeigen. Bobbert betonte, dass das historische Material auf keinen Fall verloren gehen dürfe. Daraufhin erklärte von der Heydt, dass ein Erhaltungsauftrag formuliert werden müsse. Dies sei im Protokoll vermerkt, müsse aber seiner Meinung nach nicht in die Beschlussvorlage aufgenommen werden, antwortete Bobbert.

In der folgenden Abstimmung beschlossen die Delegierten eine Fortführung der Förderung in Höhe von 5.000 Euro für die Jahre 2025 und 2026. Die Delegiertenversammlung wird weiterhin rechtzeitig vor Ablauf des Jahres 2026 über die Fortsetzung der Fördermitgliedschaft entscheiden. Und sie appelliert an das Land Mecklenburg-Vorpommern, entsprechend der Koalitionsvereinbarung 2021–2026 von SPD und Die Linke für den Standort Alt Rehse ein nachhaltiges Konzept zum dauerhaften Aufbau und Betrieb einer Erinnerungs- und Bildungsstätte zu erarbeiten und die dafür notwendigen finanziellen Mittel im Landeshaushalt bereitzustellen.

Informationen und Beschlüsse zur Weiterbildung

Nach dem mündlichen Sachstandsbericht zur neuen Weiterbildungsordnung 2021 durch Dr. med. Antje Koch, Leiterin der Abteilung Weiterbildung / Ärztliche Berufsausübung, erfolgte die Wahl der Vertrauensperson für Weiterbildungsfragen der Ärztekammer Berlin. Zur Wahl stellte sich Bach Diep Cam. Auf Bitte des Präsidenten stellte sie sich den Delegierten kurz vor. Sie sei Fachärztin für Innere Medizin. Als ehemalige Assistentensprecherin habe sie bereits Probleme in der Weiterbildung gelöst und eine vermittelnde Position eingenommen. Sie wolle als Ombudsfrau nahbar und ansprechbar sein. Cam schloss mit den Worten, dass sie sich freuen würde, wenn die Delegierten ihr das Vertrauen für diese wichtige Aufgabe aussprechen würden. Sie erhielt dieses Vertrauen und Bobbert sicherte ihr die volle Unterstützung der Delegiertenversammlung zu.

Anschließend wurde noch einmal über den Antrag der FrAktion Gesundheit zur Einrichtung eines Forums für Ärztinnen und Ärzte in Weiterbildung diskutiert. Die Drucksache war nach intensiver Diskussion in der vergangenen DV vertagt worden. Dem Antrag wurde nun eine Drucksache des Vorstandes gegenübergestellt. Nach kurzer Diskussion stellte die FrAktion Gesundheit einen Änderungsantrag, der mehrheitlich angenommen wurde. Damit wurde ein Teil des Vorstandsantrages zur Organisation des Forums in den Antrag der FrAktion übernommen.

Resolutionsentwurf zur Kinderarmut in Deutschland

Auf Antrag der FrAktion Gesundheit wurde abschließend der Resolutionsentwurf zur Kinderarmut diskutiert. Die Einführung in das Thema sollte durch ein Referat des Delegierten Kühnelt erfolgen. Vor dessen Beginn stellte Dipl.-Med. Katharina Bolze (Allianz Berliner Ärztinnen und Ärzte – MEDI Berlin – Virchowbund) zunächst den Geschäftsordnungsantrag auf Nichtbefassung, da es sich um ein allgemeinpolitisches Thema ohne berufspolitische Inhalte handele und der Antrag auch keinen Auftrag enthalte. Der Geschäftsordnungsantrag wurde abgelehnt. Daraufhin verließen alle Delegierten und Vorstandsmitglieder der Liste Allianz Berliner Ärztinnen und Ärzte – MEDI Berlin – Virchowbund den Konferenzsaal. Im Folgenden bat Bobbert auf mehrheitlich angenommenen Antrag der Delegierten den Referenten, seinen Vortrag auf maximal zehn Minuten zu begrenzen.

Kühnelt, der seinen Vortrag auf 45 Minuten angesetzt hatte, zeigte sich wenig erfreut. Die Komplexität des Themas, mit dem er sich bereits seit über 30 Jahren beschäftige, sei in der Kürze der Zeit nicht zu bewältigen. Anlass für den Entschließungsantrag sei der jüngste Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes gewesen. Danach sei die Kinderarmutsquote in Deutschland, die sich seit 20 Jahren um die 20 Prozent bewege, aktuell auf einen neuen Höchststand von 21,8 Prozent gestiegen. Die formulierte Resolution mit dem Titel „Kinderarmut in Deutschland verstärkt sich“ solle nach den Vorstellungen Kühnelts mit der Bitte um Unterstützung an die Landesärztekammern versandt werden. Das unterschriebene Dokument solle dann als eine Art offener Brief an die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Lisa Paus, geschickt werden, so Kühnelt.

Dr. med. Laura Schaad (Marburger Bund) betonte zunächst, dass es sich um ein sehr wichtiges Thema handele. In Bezug auf die Entschließung würde sie es jedoch begrüßen, wenn konkrete Maßnahmen beschrieben würden, die sich auf Berlin beziehen.

Der Präsident fasste zusammen, dass alle Anwesenden Maßnahmen gegen Kinderarmut grundsätzlich unterstützen. Aus seiner Sicht habe die vorliegende Entschließung jedoch zwei Nachteile: Der Zusammenhang zwischen Armut und Gesundheit sei nicht erkennbar und es fehlten konkrete Forderungen. Dies mache eine Nacharbeit notwendig. In diesem Zusammenhang wies er auf einen kürzlich erschienenen Artikel im Rheinischen Ärzteblatt¹ hin, der detailliert den Zusammenhang zwischen Armut und Kindergesundheit beschreiben und daraus entsprechende Forderungen ableiten würde. Dr. med. Eva Müller-Dannecker (FrAktion Gesundheit) erklärte, dass das Thema noch lange aktuell bleiben werde und daher nichts gegen eine Nacharbeit spreche. Tenenbaum, Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin, zeigte sich dankbar, dass das Thema aufgegriffen wurde, da er täglich sehe, dass Armut bei Kindern zu Kollateralschäden führe. Dr. med. Kai Sostmann (Marburger Bund) beantragte die Vertagung des Themas und unterstrich die Forderung, in der Resolution konkrete Maßnahmen zu formulieren. Sein Antrag auf Schluss der Debatte und Vertagung wurde mehrheitlich angenommen.

Die nächste Delegiertenversammlung findet am 13. November 2024 statt. /



Ole Eggert

Pressesprecher und Leiter der
Stabsstelle Presse / Gesundheitspolitik
Foto: André Wagenzik

In eigener Sache

Im Bericht über die Delegiertenversammlung am 26. Juni 2024 haben wir Prof. Dr. med. Wulf Pankow (FrAktion Gesundheit) auf Seite 22 wie folgt zitiert:

„Wir waren die Ersten, die die Zusatz-Weiterbildungen Ernährungsmedizin, Geriatrie, Notfallmedizin und Infektiologie eingeführt haben. Andere Landesärztekammern sind uns gefolgt.“

Stattdessen muss es heißen:

„Wir waren die Ersten, die die Zusatz-Weiterbildungen Ernährungsmedizin und Notfallmedizin und die Facharztweiterbildungen Innere Medizin und Geriatrie, sowie Innere Medizin und Infektiologie eingeführt haben. Andere Landesärztekammern sind uns gefolgt.“

Wir bitten, das Versehen zu entschuldigen.

Die Redaktion

1 → www.aekno.de/aerzte/rheinisches-aerzteblatt/ausgabe/artikel/2024/september-2024/armut-macht-kinder-krank